

Antrag 2022/GS/13
Jusos Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Ablehnung**Jungsozialistische Ansätze für unseren Sozialstaat von morgen - zukunftssicher und gerecht!**

1 Der Sozialstaat gehört zu den größten Er-
2 rungenschaften der Moderne. Er steht für
3 das Versprechen, dass Menschen in Zei-
4 ten finanzieller Not und bei Wechselfäl-
5 len des Lebens durch die Gesellschaft ma-
6 teriell abgesichert werden. Das Ideal des
7 Sozialstaats ist aber nicht nur die sozia-
8 le Absicherung der Bürger*innen, sondern
9 auch die Bemühung um soziale Gerechtig-
10 keit innerhalb der Gesellschaft. Diese Art
11 des gesellschaftlich getragenen sozialen Si-
12 cherungssystems wurde im 19. Jahrhundert
13 als Reaktion auf die hohen sozialen Ver-
14 werfungen durch die industrielle Revoluti-
15 on und der damit einhergehenden Verelen-
16 dung der arbeitenden Klasse eingeführt.
17 Sozialdemokrat*innen und Gewerkschaf-
18 ter*innen haben im Schulterschluss - trotz
19 staatlicher Repressionen und Illegalität -
20 für die materielle Verbesserung der Men-
21 schen gekämpft. Der Sozialstaat, wie wir
22 ihn heute kennen, wurde damit maßgeb-
23 lich durch den Einsatz der verschiedenen
24 Akteur*innen der Arbeiter*innenbewegung
25 geprägt. Eine zentrale Rolle in diesem So-
26 zialstaatsgedanken nimmt dabei das über
27 ein Jahrhundert alte Sozialversicherungs-
28 system ein, das sich in folgende Bereiche
29 gliedert:

- 30 • Die Arbeitslosenversicherung (AV) mit
31 2,4%
- 32 • Die gesetzliche Krankenversicherung (KV)
33 mit 14,6% + 1,3% durchschnittlichem Zu-
34 satzbeitrag
- 35 • Die gesetzliche Pflegeversicherung (PV)
36 mit 3,05%

37 • Die gesetzliche Rentenversicherung (RV)
38 mit 18,6%

39 • Die gesetzliche Unfallversicherung (UV),
40 deren Beiträge allerdings nur von Arbeitge-
41 ber*innen entrichtet werden.

42 Gesamthöhe der Beitragssätze: 39,95%

43 Das Grundprinzip der Sozialversicherungen
44 ist relativ einfach und basiert auf einem
45 Umlageprinzip. Arbeitnehmer*innen zah-
46 len in die Sozialversicherungen ein, leis-
47 ten damit ihren Anteil zur Solidargemein-
48 schaft und Erwerben durch Beitragszahlun-
49 gen Ansprüche auf Versicherungsleistun-
50 gen. Die Finanzierung unserer sozialen Si-
51 cherungssysteme gründet sich dabei auf
52 zwei Säulen. Ein Großteil der Erwerbstä-
53 tigen entrichtet die Hälfte der Abgaben
54 auf das eigene Einkommen, während Ar-
55 beitgeber*innen für die andere Hälfte auf-
56 kommen - alles in allem also eine paritäti-
57 sche Finanzierung. Zusätzlich bezuschusst
58 der Bund die sozialen Sicherungssysteme
59 bei Bedarf aus dem allgemeinen Steuerauf-
60 kommen. Im Vor-Corona-Jahr 2019 betrug
61 der Bundeszuschuss zu den Sozialversiche-
62 rungen ca. 120 Milliarden Euro. Bis 2021
63 stieg dieser Wert aufgrund höherer Steu-
64 erzuschüsse zur Finanzierung der pande-
65 miebedingten Leistungen um weitere 14
66 Milliarden Euro auf insgesamt 134 Milliar-
67 den Euro. Dem hohen Bundeszuschuss liegt
68 der politische Wille zugrunde, die Beitrags-
69 sätze von Arbeitnehmer*innen und Arbeit-
70 geber*innen nicht auf über 40% anstei-
71 gen zu lassen. Ein Sozialversicherungssys-
72 tem für alle! Allerdings zahlen längst nicht
73 alle Erwerbstätigen durch eigene Abga-
74 ben in die Sozialversicherungen ein. Aus-
75 genommen von der Sozialversicherungss-
76 pflicht sind beispielsweise Selbstständi-

77 ge, Beamt*innen, Soldat*innen, hauptamt-
78 liche Amtsträger*innen, Abgeordnete, Mi-
79 nister*innen und Staatssekretär*innen. Im
80 Jahr 2019 waren das ca. 11% aller Erwerbs-
81 tätigen und damit fast 4 Millionen Be-
82 schäftigte. Sie sorgen damit entweder pri-
83 vat für das Alter vor oder sind in privaten
84 Krankenkassen versichert. 4 Millionen Be-
85 schäftigte bedeuten in diesem Zusammen-
86 hang 4 Millionen fehlende Beitragszahlen-
87 de und damit eine hohe Summe finan-
88 zieller Mittel, die einer möglichen Konso-
89 lidierung des Sozialversicherungssystems
90 nicht zur Verfügung stehen. Wenn in poli-
91 tischen Diskursen über den Sozialstaat ge-
92 sprochen wird, so war das in den letzten
93 Jahrzehnten vor allem von einem neolibe-
94 ralen Paradigma geprägt. Nicht selten wur-
95 den dabei Rufe laut, die die Finanzierung
96 und die Strukturen der sozialen Sicherungs-
97 systeme als ineffizient und wettbewerbs-
98 feindlich betitelten. Zu hohe Sozialabgaben
99 würden die Attraktivität des Wirtschafts-
100 standortes Deutschland gefährden, Wachs-
101 tum behindern und damit nicht nur die
102 Produktivität verringern, sondern damit im
103 Umkehrschluss die Erwirtschaftung der zu
104 vergebenden Leistungen verhindern. Kurz-
105 um: sie sind eine Belastung für die Wirt-
106 schaft. Was sich auf den ersten Blick nach-
107 vollziehbar liest, in in Wahrheit nicht mehr
108 als eine Märchenerzählung von neolibera-
109 ler und konservativer Seite, die durch Kür-
110 zungen im Sozialstaat nichts anderes als
111 die Profitmaximierung ihres Wähler*innen-
112 klientels auf Kosten weiter Teile der Be-
113 völkerung erreichen will. Wir Jusos sind
114 in unserer Positionierung klar: Beitragssät-
115 ze zur Sozialversicherung sind keine Belas-
116 tung! Ihnen stehen Leistungsversprechen

117 gegenüber, die im Falle von Krankheit, Al-
118 ter oder Erwerbslosigkeit den erworbenen
119 Lebensstandard nicht gefährden sollen. Ge-
120 rade während der Corona-Pandemie hat
121 sich die Notwendigkeit und die Funktions-
122 fähigkeit des Sozialstaats gezeigt: durch
123 das Kurzarbeiter*innengeld beispielsweise
124 konnten Millionen von Arbeitsplätzen ge-
125 sichert werden, die aufgrund der Pande-
126 mie vorübergehend nicht in vollem Um-
127 fang ausgefüllt werden konnten. Mehr für
128 die, die wenig haben! Allerdings wissen
129 wir um die Notwendigkeit, das Sozialver-
130 sicherungssystem für die Zukunft nachhal-
131 tig und gerecht zu reformieren. Für uns ist
132 dabei aber entscheidend: das darf, kann
133 und wird nicht zu Lasten geringerer und
134 mittlerer Einkommen geschehen, die durch
135 höhere Beitragssätze noch mehr von ih-
136 rem Einkommen abgeben müssten, um so
137 die Stabilität des Systems zu gewährleis-
138 ten. Wir vertreten eine gegenteilige Auf-
139 fassung. Seit Jahren kämpfen und wer-
140 ben wir in Wahlkämpfen dafür diese Ein-
141 kommenschichten spürbar zu entlasten.
142 Fälschlicherweise beziehen wir uns dabei
143 aber in weiten Teilen immer nur auf Steu-
144 erenkungen, die diese Menschen faktisch
145 nur wenig oder gar nicht betreffen. Statt-
146 dessen sind es die Sozialversicherungsbei-
147 träge, die einen großen Anteil der Abga-
148 ben darstellen. Der Leitsatz "Starke Schul-
149 tern müssen auch mehr tragen" darf sich
150 nicht nur in der Progression der Steuersätze
151 ausdrücken, sondern muss sich auch in der
152 Finanzierung der Sozialversicherungen wi-
153 derspiegeln. Dem steht unter anderem die
154 Beitragsbemessungsgrenze im Weg. Sie be-
155 sagt, dass ein Erwerbseinkommen nur bis
156 zu einem bestimmten Satz für die Beitrags-

157 abgabe herangezogen werden darf. Im Jahr
158 2022 liegt diese Grenze für die gesetzliche
159 Rentenversicherung und für die gesetzli-
160 che Arbeitslosenversicherung bei 7050€ in
161 den alten Bundesländern und bei 6750€
162 in den neuen Bundesländern. Für die ge-
163 setzliche Krankenversicherung wurde der
164 Wert auf 4837,50€ beziffert. Wir halten die
165 Beitragsbemessungsgrenze für zutiefst un-
166 solidarisch und werden uns für ihre Ab-
167 schaffung einsetzen. Gleichzeitig darf das
168 aber nicht zu exorbitanten Leistungsan-
169 sprüchen jener führen, die mit dem Weg-
170 fall der Beitragsbemessungsgrenze höhere
171 Beiträge zahlen. Ähnlich wie das schwei-
172 zerische Modell könnte hier die Einfüh-
173 rung einer Höchstrente zur Stabilisierung
174 der Finanzierung beitragen. Menschen, die
175 in diesen Einkommensklassen ihren Erwerb
176 bestreiten, werden sich nur im Einzelfall
177 große Sorgen um ihre materielle Sicherheit
178 im Alter machen müssen. Ein funktionie-
179 render und solidarischer Sozialstaat zeich-
180 net sich dadurch aus, dass er als gesamt-
181 gesellschaftliche Aufgabe gesehen und ge-
182 schultert wird. Deshalb finden wir es falsch,
183 dass nur Erwerbseinkommen zur Beitrags-
184 abgabe herangezogen werden - gerade im
185 Hinblick auf die Tatsache, dass die starke
186 Vermögensungleichheit in unserem Land
187 nicht durch unterschiedliche Leistung der
188 Erwerbsarbeit, sondern durch arbeitsfer-
189 ne Kapitalerträge und Erbschaften existiert
190 und weiter zunimmt. Um den sozialen Zu-
191 sammenhalt in unserem Land zu gewähr-
192 leisten und um dem Versprechen der sozia-
193 len Marktwirtschaft, dass "alle Menschen
194 am wirtschaftlichen Erfolg des Staates teil-
195 haben" gerecht zu werden, setzen wir uns
196 für dafür ein, dass auch auf andere Einkom-

197 men wie Kapitalerträge und Erbschaften
198 Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt
199 werden. Mit diesen Einnahmequellen kann
200 die Gesellschaft zukünftig auch zielgerich-
201 tet auf die Herausforderungen der Zeit ant-
202 worten. Die Transformation hin zu einer
203 klimaneutralen Wirtschaft und der damit
204 einhergehende Wegfall tausender Arbeits-
205 plätze macht es erforderlich, umzulernen
206 und neue Berufsfelder für sich zu entde-
207 cken. Atypische Beschäftigungsverhältnis-
208 se, der Wegfall linearer Erwerbsbiografien
209 und die permanente Änderung von Quali-
210 fikationsanforderungen - das sind zusätzli-
211 che Herausforderungen, mit denen wir uns
212 konfrontiert sehen müssen. Wir sind uns
213 bewusst, dass das vor allem viele Men-
214 schen betreffen wird, die bereits seit Jah-
215 ren berufstätig sind und daher auf ein aus-
216 kömmliches Einkommen angewiesen sind.
217 Eine Arbeitsversicherung, die die bisheri-
218 ge Arbeitslosenversicherung ablösen kann,
219 soll neben Erwerbsausfällen auch als Ein-
220 kommensausgleich für Um-, Weiter- und
221 Fortbildung sowie einer temporären Er-
222 werbsauszeit dienen. Hierbei orientieren
223 wir uns an der bestehenden Beschlussla-
224 ge des SPD-Bundesparteitages, der diese
225 Forderung auch in das Wahlprogramm zur
226 Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
227 Die Stabilisierung der Sozialversicherungen
228 - in diesem Fall ganz explizit die der ge-
229 setzlichen Rentenversicherung - ist für uns
230 kein Generationenkonflikt. Wir wollen, dass
231 unsere Großeltern und alle anderen Men-
232 schen im Alter eine auskömmliche Rente
233 beziehen, mit der sie in Würde den verdien-
234 ten Ruhestand genießen können. Von libe-
235 raler und konservativer Seite wird dieser
236 Konflikt oft angefeuert, um die Aufmerk-

237 samkeit vom eigentlichen Problem abzu-
238 lenken: dem Problem der Verteilungsge-
239 rechtigkeit. Wir sehen seit Jahrzehnten, wie
240 die Produktivität des Landes und der wirt-
241 schaftliche Erfolg nicht bei allen Menschen
242 ankommt, geschweige denn sich spürbar
243 in der Ausgestaltung der Sozialversicherun-
244 gen ausdrücken würde. Im Gegenteil: das
245 Geld sammelt sich bei denen, die sowie-
246 so keine Beiträge zahlen. Geld also, das -
247 wie bereits oben erwähnt - der Finanzie-
248 rung des Systems fehlt! Das drückt sich
249 in der Realität im Geldbeutel von mehre-
250 ren Millionen Menschen aus. In der gro-
251 ßen Mehrheit sind das vor allem Frau-
252 en*, die aufgrund des Gender Pay Gaps im
253 Schnitt noch immer weniger verdienen als
254 Männer* und durch die eigene Erwerbs-
255 biografie - meistens als Minijob oder Teil-
256 zeit - weniger in das gesetzliche Rentensys-
257 tem einzahlen, wodurch sie im Endeffekt
258 auch geringere Leistungsansprüche erwer-
259 ben. Neue Einnahmequellen der Sozialver-
260 sicherungen können diese ungerechten Lü-
261 cken schließen! Ganz ohne Strukturrefor-
262 men beseitigen wir aber nicht alle Unge-
263 rechtigkeiten im bestehenden System. Ge-
264 rade im Hinblick auf das System der ge-
265 setzlichen und privaten Krankenversiche-
266 rungen, das nach wie vor die Zwei-Klassen-
267 Medizin in unserem Land manifestiert, lie-
268 ßen sich solche Reformen durchführen. Be-
269 ginnend mit der Anzahl an Krankenkassen:
270 alleine die Zahl der gesetzlichen Kranken-
271 kassen beziffert sich auf 103 Krankenkas-
272 sen, die in einem merkwürdigen Wettbe-
273 werbsdenken versuchen sich gegenseitig
274 Versicherte durch Werbung abzugewinnen.
275 Fast 200 Millionen Euro betrogen die Ge-
276 samtkosten für Werbung der gesetzlichen

277 Krankenkassen im Jahr 2018. Eine Summe,
278 die schon vom Bundesrechnungshof an-
279 gemahnt wurde. Wir sagen deutlich: das
280 Gesundheitssystem ist kein Wettbewerb.
281 Es soll Menschen gesund machen und sie
282 nicht als Kund*innen verstehen. Das Geld,
283 das durch eine Fusionierung von Kran-
284 kenkassen hin zu einer einheitlichen Bür-
285 ger*innenversicherung eingespart werden
286 würde, könnte somit in die Erweiterung
287 des Leistungsangebots der Krankenversi-
288 cherung fließen. Die Forderung nach einer
289 Bürger*innenversicherung ist für uns Jung-
290 sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen
291 keine Neue. Allerdings gehört sie zu den
292 Forderungen, die in den letzten Koalitions-
293 verhandlungen relativ früh vom Tisch fallen
294 gelassen worden sind. Um also aus all den
295 genannten Argumenten die Finanzierung
296 der Sozialversicherungen zu gewährleisten,
297 kleinere und mittlere Einkommen zu ent-
298 lasten und das Leistungsangebot womög-
299 lich sogar noch auszubauen, fordern wir:

- 300 • das Einbeziehen aller Erwerbstätigen
- 301 in das gesetzliche Sozialversicherungssys-
302 tem!
- 303 • die Abschaffung der Beitragsbemes-
304 sungsgrenze!
- 305 • die Einführung einer auskömmlichen
306 Mindestrente und die Einführung einer
307 Höchstrente nach schweizerischem Vor-
308 bild!
- 309 • das Heranziehen weiterer Einkommens-
310 quellen (Kapitalerträge, Erbschaften,
311 Schenkungen) zur Finanzierung der Sozial-
312 versicherungen!
- 313 • den Ausbau der Leistungen der gesetzli-
314 chen Krankenversicherung!
- 315 • die Einführung einer Arbeitsversicherung,
316 die die Arbeitslosenversicherung ersetzen

317 soll, um neben Erwerbsausfällen auch Neu-
318 ausbildung sowie Um- und Weiterbildung
319 zu ermöglichen - als rote Linie bei kommen-
320 den Koalitionsverhandlungen!

321 • die Einführung einer einheitlichen Bür-
322 ger*innenversicherung als Ersatz für ge-
323 setzliche und private Krankenversicherun-
324 gen - als rote Linie bei kommenden Koali-
325 tionsverhandlungen! Am Ende ist uns aber
326 bewusst, dass unsere sozialen Sicherungs-
327 systeme nicht perfekt und ausgereift sind.
328 Noch immer ist es so, dass Menschen seit
329 Jahren durchs Raster fallen. Geschuldet ist
330 das einer undurchsichtigen Bürokratie, die
331 Betroffene überfordert sowie fehlender be-
332 darfsorientierter Hilfe. In der Konsequenz
333 entstehen Frustration, die in Politikverdros-
334 senheit mündet und im schlimmsten Fall zu
335 Wohnungslosigkeit führt. Fehlendes Ver-
336 trauen in unseren Sozialstaat, schlechte Er-
337 fahrungen mit dem bestehenden Sozial-
338 system oder die bloße Angst vor materiel-
339 ler Armut sind Nährböden für Verschwö-
340 rungserzählungen, rechtsextremes Gedan-
341 kengut und Gewalt. Wer die sozialen Siche-
342 rungssysteme auf lange Sicht stärkt, stärkt
343 nachhaltig die Demokratie. Armut ist Ver-
344 fassungsbruch!

345 Da wir in diesem Antrag zwar einen
346 Schwerpunkt auf die zukünftige Ausge-
347 staltung und Finanzierung der Sozialversi-
348 cherungen legen, möchten wir uns auch zu
349 anderen sozialpolitischen Entwicklungen
350 äußern. Armut ist nicht naturgegeben,
351 Armut ist menschengemacht. Das mag
352 sich im ersten Moment trivial lesen, ist
353 aber für den Gestaltungsanspruch enorm
354 wichtig. Wir können Armut bekämpfen
355 und das Leben derjenigen, die in der
356 Armutsfalle gefangen sind oder sich in

357 prekären Situationen befinden verbes-
358 sern, wenn wir es denn wollen. Und wir
359 Jungsozialist*innen wollen das! Im Ar-
360 tikel 20 (1) des Grundgesetzes heißt es:
361 "Deutschland ist ein demokratischer und
362 sozialer Bundesstaat." Der Kampf gegen
363 Armut und für einen sozialen - und damit
364 materiellen - Ausgleich hat nicht weniger
365 als einen Verfassungsrang. Es ist also
366 die unbestreitbare Aufgabe des Staates
367 und damit der gesamten Gesellschaft,
368 Armut zu beheben und Armutsrisiken
369 abzuschaffen. Diesem Auftrag wurden die
370 vergangenen Bundesregierungen - auch
371 unter SPD-Beteiligungen - alles andere als
372 gerecht. Auch wenn wir froh sind, dass wir
373 in der Breite der Partei und in der Breite der
374 Gesellschaft das Hartz-System überwin-
375 den wollen, muss diese Willensbekundung
376 mit effektiven Maßnahmen unterfüttert
377 werden. Ein bloßer Namenswechsel von
378 Hartz-IV oder Arbeitslosengeld II zu Bür-
379 ger*innengeld ist uns zu wenig. Im Zuge
380 der Koalitionsverhandlungen zur Ampel-
381 Regierung konnten wir erfreulicherweise
382 einige Dinge festhalten - dass aber nach
383 wie vor auf Mitwirkungspflichten und
384 damit im weiteren Sinne auf Sanktio-
385 nen bestanden wird, kritisieren wir aufs
386 Schärfste. Ein solidarischer Staat darf das
387 Existenzminimum seiner Bürger*innen
388 nicht kürzen! Hinzu kommen aktuelle Re-
389 gelsätze, die nicht für ein Leben in Würde
390 ausreichen. In Anbetracht der anhaltenden
391 Krisen und den daraus resultierenden
392 Preissteigerungen auf Verbrauchsgüter, die
393 unmittelbar das ohnehin schon geringe
394 Einkommen von Leistungsempfänger*in-
395 nen weiter strapazieren, fordern wir höhere
396 Regelsätze. Gerecht ist, wenn die, deren

397 Vermögen während der Corona-Pandemie
398 um ein Vielfaches gestiegen sind, für diese
399 Finanzierung aufkommen!
400 Daher fordern wir nach wie vor:
401 • Die Abschaffung aller Sanktionen im ge-
402 planten Bürger*innengeld!
403 • Höhere materielle Leistungen, die eine
404 wirkliche Teilhabe am soziokulturellen Le-
405 ben ermöglichen!